



Verbands-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 6

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Broth-Straße 1. Fernspr. 5, 5246.

Hamburg, den 9. Februar 1918

Anzeigen kosten die füngspaltene Non-parallele-Zelle oder deren Raum 50 Pf. (der Betrag ist stets vorher einzufinden).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pf. die Zeile.

32. Jahrg.

Ein sozialpolitisches Arbeiterprogramm der deutschen Gewerkschaften.

Dass unsere innere Politik einer Menorientierung bedarf, darüber sind alle vorwärtsstrebenden Schichten im Deutschen Reich einig. Auch die Regierung hat mehrfach darauf hingewiesen, dass sie der gleichen Ansicht ist. Vor dem Kriege war es die Regel, dass die Wünsche und Forderungen der Arbeiter unberücksichtigt blieben, und dass sofort mit großerer Wut gemessen wurde, wenn es sich irgendwo um Arbeiterforderungen handelte. Die diese Politik betrieben haben, sind verantwortlich für die ungemeine Erbitterung, die sich in den Arbeiterkreisen gesammelt hat, und für das Misstrauen, mit dem diese allen Regierungsmassnahmen gegenübersehen. Waren doch immer selbst dann, wenn von Regierungseite Reformvorschläge irgendwelcher Art gemacht wurden, politische Gründe ausschlaggebend, Gründe, die darauf hinausliefen, der Arbeiterbewegung Fällstricke zu legen oder gar die Arbeiter zu unterdrücken. Das soll in Zukunft anders werden. Der große Lehrmeister Krieg hat das Eis gebrochen. Wenigstens angekündigt hat seinerzeit der Reichskanzler, dass in dem Kampfe der Parteien, der dem Kriege folgen werde, auch dafür gekämpft werden müsse, dass es in diesem Kampfe nur noch Deutsche gebe. Gewiss ist es im allgemeinen bisher bei der Ankündigung geblieben. Die Aenderungen, die Platz begriffen haben, waren nur flüchtig, sie entbehren allzusehr des großen Auges, genau wie unsere Soziopolitik vor dem Kriege.

Die Hemmungen sind anscheinend noch immer stärker als der gute Wille, zu helfen. Der Einfluss der Kreise, die davon interessiert sind, die Arbeiterbewegung niederzuhalten, ist ungeachtet am Witten. Deshalb die immer wiederkehrenden Vertröstungen von oben auf die Zeit nach dem Kriege. Die Arbeiter sind aber nicht gesonnen, sich damit zufriedenzugeben. Mit immer größerem Nachdruck machen sie die Forderung geltend, dass sofort mit dem Reformwerk zu beginnen ist. Es ist deshalb zu begrüßen, dass die Generalkommission der Gewerkschaften sich der Aufgabe unterzogen hat, die Wünsche der Arbeiterschaft nach sozialpolitischen Reformen in einer Deutschrift festzustellen; sie programmatisch zusammenzufassen und der Reichsregierung zur Kenntnis zu bringen.

Die Deutschrift, betitelt: „Sozialpolitische Arbeiterforderungen der deutschen Gewerkschaften“, umfasst 18 Gruppen von Forderungen, die sich auf die sozialpolitische Organisation und Statistik, die Arbeitervertretung, das Organisationsrecht, das Tarifvertragsrecht, die Schiedsgerichte und Einigungsämter, das Arbeitsrecht, den Arbeitsschutz und die Inspektion, die Arbeiter- und Angestelltenversicherung, die Rechtsprechung, die Arbeitsvermittlung, das Genossenschaftswesen, die Staats- und Monopolbetriebe, die Wirtschaftspolitik, die internationale Sozialpolitik, die Volksernährung, die Wohnungsfürsorge, die Volkshygiene und die Volkserziehung erstreckt.

Die Deutschrift wird eingeleitet mit einem Hinweis auf die wiederholten Verheißungen der Reichsregierung, die eine sozialpolitische Neugestaltung in Aussicht gestellt haben. Es wird dabei Bezug genommen auf die Zeugnisse vieler hervorragender Männer der Wissenschaft und Sozialpolitik, die während des Krieges in der Öffentlichkeit ein neues Deutschland, in dem auch der Arbeiterklasse die volle Gleichberechtigung und die Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche zuerkannt werden, eingetreten sind. Die Eingeforderten werden danach eingehend begründet, wonach in einem kurzen Schlusswort die Stellung der Arbeiterschaft zum Staatswesen, wie es aus dem Kriege hervorgeht, berührt wird.

Voran stehen die Forderungen organisatorischer Art. Ein Reichsministerium der Arbeit soll alle Gebiete des Wirtschaftslebens und alle Arbeiterangelegenheiten zusammenfassen und die zentrale Verwaltung für

alle die Wirtschafts- und zentrale Arbeiterpolitik beherrschenden Aufgaben bilden. Dazu soll ein Reichsarbeitsamt angegliedert werden, das als Verordnungs-, Verwaltungs- und Entscheidungsbehörde gedacht ist, und in dem neben Vertretern des Reiches und der Bundesstaaten Unternehmer und Arbeiter als Beisitzer mitwirken sollen. Landes- und lokale Arbeitsämter sollen die Organisation ergänzen. Gefordert wird die Herausziehung befähigter Arbeiter zum Dienst in der sozialpolitischen Verwaltung. Dazu wird die Schaffung einer gesetzlich geordneten Arbeitervertretung verlangt, indem die Forderung von Arbeitskammern unter Darlegung ihrer Aufgaben aufgestellt wird. Die Forderung hat ihren Niederschlag auch bereits in einem Gesetzentwurf gefunden, den die vereinigten Arbeiter- und Angestelltenverbände dem Reichstage unterbreitet haben. Diese Forderungen reiht sich die nach einem wirklich freien Organisationsrecht unter Beseitigung aller Ausnahmeverordnungen an.

Eingehend wird dann begründet, worum die gesetzliche Regelung des Tarifvertragsrechts nötwendig ist. Heute hat der Tarifvertrag, die vollkommenste Form des Arbeitsvertrages, keine Rechtsstärke gefunden. Er wird in der Rechtsprechung nur pedulär, wo seine Gültigkeit nicht bestritten wird, Abdringung und Einschaltung aber immer für zulässig erklärt. Zugleich wird sich in der Begründung der Forderung gegen die Scheintarife gewendet, die zwischen Unternehmen und ihren Trabanten, den großen Betrieben, abgeschlossen werden, und somit auch eine Präzisierung des Begriffes Tarifvertrag verlangt. Die alte Forderung des Reichseinigungsausschlusses, zu dessen Zustützung besondere Landeseinigungsämter vorgesehen sein sollen, wird von neuem erhoben, wobei mit Nachdruck darauf hingewiesen wird, dass es nicht angängig ist, den gefälschten Schiedssprüchen Zwangswirkung zuzulassen.

Die Zerrissenheit unseres Arbeiterrechts führt von selbst dazu, hier für Einheitlichkeit einzutreten, einer Forderung, der sich spezialisierte Vorschläge über den Ausbau des Arbeiterschutzes anschließen. Auch für die Arbeiter- und Angestelltenversicherung wird die Vereinheitlichung gefordert, ebenso die Ausdehnung auf den gleichen Personenkreis. Neuregelung der Beitragsfrage und Ausbau der Versicherungszweige, denen sich die Arbeiterlosenversicherung anzupassen hat, wird mit Recht für notwendig erklärt.

Nachdem die Ausdehnung der Laienrechtsprechung auf dem gesamten Gebiete des Arbeiterrechts gefordert und begründet worden ist, wird auf die Arbeitsvermittlung eingegangen, deren reichsgesetzliche Regelung unter Verbot jeder privatgewerblichen Stellenvermittlung verlangt wird; zugleich wird dargetan, wie die Organisation gedacht ist, indem die Zusammenfassung der öffentlichen, gemeinnützigen und korporativen Arbeitsnachweise zu Arbeitsnachweisverbänden, Schaffung von Arbeitsnachweisämtern, Landesarbeitsnachweisämtern und einer Arbeitsnachweiszentrale für das Reich in Vorschlag gebracht wird.

Das Genossenschaftswesen, das berufen ist, nach dem Kriege in wirtshafter Weise am Aufbau der Volkswirtschaft teilzunehmen, leidet heute noch unter allelei Erschwerungen durch Gesetzgebung und Behörden. Diese Erschwerungen sind ebenso zu beseitigen wie die steuerliche Sonderbehandlung und die Einschränkungen der Teilnahme an gemeinnützigen Unternehmen.

Auf die gewaltigen Forderungen an den Finanzbedarf des Reiches verweisend, wird sodann auf die Staats- und Monopolbetriebe eingegangen, wobei an dieser Stelle natürlich auf die arbeiterrechtlichen Forderungen das Schwergewicht gelegt wird. Dann reihen sich die wirtschaftspolitischen Forderungen an, bei denen der Abbau der Zölle auf Industrie- und Agrarprodukte, Vereinfachung der indirekten Steuern, der Einfuhrerichtswertungen und der Ausfuhrprämienvon erster Stelle stehen. Zu den sehnigen näher speziell ver-

forderungen gehört auch die Beteiligung der Arbeiter und Angestellten neben den Unternehmen an der Wirtschaftspolitik durch gewählte Vertreter der unabhängigen Gewerkschaften.

Internationale sozialistische Forderungen gehen eben über die Volksernährung und die Wohnungsfürsorge voran. Auch bei den Vorschlägen über die Volksernährung stehen die auf Herabsetzung und allmäßliche Abschaffung der Lebensmittelzölle voran. Bei der Wohnungsfürsorge wird der Erfolg eines Reichswohnungsgesetzes, unter anderem auch eine Mietordnung, erreicht gewünscht. Ausführliche Forderungen, die Volkshygiene und Volkserziehung betreffend, schließen das hier nur in kurzem Auszug wiedergegebene Programm, das seinen Endzweck nicht verfehlt wird. Erinnert es doch die herrschenden Kreise an so vieles, das zu tun sie bis jetzt versäumten oder dem Willen des Volkes entgegengesetzt repelten.

Der ganze Ausgang, den dieses Arbeiterprogramm erreicht hat, darf, wie das „Correspondenzblatt“ mit Nachdruck hervorhebt, nicht dazu verleiten, die darin enthaltenen Forderungen in Gegenwartsforderungen und Zukunftswünsche einzuteilen und den größten Teil derseben auf die lange Faß zu schließen. Obgleich es für den Kenner der praktischen Gesetzgebungsarbeit Selbstverständlichkeit ist, dass nichts aus einmal in Angriff genommen werden kann und auch nicht alles auf den ersten Wurf erreicht wird, so mahnt doch die große Zeit, die unser nach diesem Kriege hat, dass die ganze Arbeit zu machen, besonders, was die gleichberechtigte Einführung der Arbeiterklasse in das Staatswesen anlangt, und nicht wertlose Aktionen zu treiben. Denn darüber täusche man sich nicht hinweg, dass die Wiederaufzucht des deutschen Wirtschaftslebens nach dem Kriege abhängig ist von der Mitarbeit der deutschen Arbeiterfamilie, und diese von der Erfüllung ihrer verebbten Wünsche im Vaterlande. Die Arbeiter verlangen und erwarten keine Belohnung für ihre vorläufige Haltung während des Krieges; sie haben ihr Vaterland um leidenschaftlichen verteidigt. Was sie fordern und mit Recht fordern dürfen, das ist die volle staatsbürgерliche Gleichberechtigung, die Sicherung der Rechte der Arbeiter gegen wirtschaftliche und politische Unterdrückung, der Status der Schwachen vor geringfügiger Ausbeutung und die Gewährleistung der Teilnahme an den Errungenschaften moderner Kultur, im besondern auch durch Förderung des Aufstiegs der Begabten. Die innere Neugestaltung soll der Ausdruck sein der Verstärkung der Bedeutung der Arbeiterklasse im Staatswesen und ihrer gleichberechtigten Einführung in die Staatsgemeinschaft.

Mit der Einreichung dieses sozialen Arbeiterprogramms an die gesetzgebenden Körperchaften ist natürlich die sozialpolitische Wirkkomplexität der Gewerkschaften nicht erledigt. Vielmehr sollen die darin aufgestellten Forderungen nun Gegenstand einer großzügigen Propaganda gemacht werden, die zugleich der Werbetaugkeit für die Gewerkschaften dienen soll. Die Vorständetokten, bei deshalb beschlossen, das Arbeiterprogramm zugleich als Agitationsstück herauszugeben und in Massen verbreiten zu lassen. Es ist zu hoffen, dass die Schrift altertümlich in die Hände der Arbeiter- und Angestelltenfamilie gelangt und dass deren Stellungnahme sich in zahlreichen Ausgaben für die darin enthaltenen Forderungen ausübt.

Zu den Tarifverhandlungen.

Zum „Vereins-Anzeiger“ vom 22. Dezember vorigen Jahre berichteten wir über beim Reichswirtschaftsamt unternommene Schritte zur Einleitung von Verhandlungen über die Verlängerung des am 15. Februar dieses Jahres ablaufenden Reichstarifvertrages und eine weitere Tarifvertragszusage. Zu diesem Zwecke hat unser Verbandsvorstand am 11. Dezember im Reichswirtschaftsamt einen entsprechenden Antrag der drei Gehilfenverbände eingebracht und gleichzeitig den drei Arbeitgeberorganisationen Mitteilung davon gemacht. Dazwischen hat am 7. Januar eine weitere Besprechung im Beisein des Herrn Dr. Ruse stattgefunden,

wobei die Übermittlung unserer Vorschläge in Aussicht gestellt und unter anderem über den Verhandlungstermin und die Einziehung der beiden am Melchiorstift vertrag nicht beteiligten Arbeitgeberorganisationen getroffen wurde.

Unsere Anträge sind dann am 17. Januar dem Reichswirtschaftsamts ausgestellt und von diesem den Arbeitgeberorganisationen zugestellt worden. Wir schlagen darin die Verlängerung der bestehenden Tarifverträge um ein weiteres Jahr und die Erhöhung der bisherigen Löhne um 20 % die Stunde vor. Darüber hinaus soll in Städten mit ausgedehnter Steigungsindustrie, neuen Lebensverhältnissen und dort, wo in beschäftigten Gebieten höhere Löhne bestehen, oder wo besonders große Unterschiede zwischen den Löhnen für Männer und andere gleichartige Berufsbewerber festgestellt sind, um einen Ausgleich und die Bildung bestimmter Zulassungen anzustreben, eine höhere Zulage vereinbart werden. Dazu sind 50 Vorschläge aufgestellt, die nach diesen Grundsätzen ausgewählt wurden, für die wie bis zu 25 % Lohnsteigerung vorgeschlagen.

Nach einigen Verzögerungen sind nunmehr der 7. und 10. Februar als Verhandlungstage festgesetzt. Die Verhandlungen finden unter Vorstufe eines Vertreters des Reichswirtschaftsamts zwischen dem Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malerhandwerk, dem Bund der Dekorationsmaler und dem Westdeutschen Malermästerverband und anderseits den drei Gewerbeorganisationen statt. — Zu Abschluß davon hat unser Vorstand den Verbandsrat zu einer außerordentlichen Tagung zusammenberufen.

Wir hoffen, daß die Verhandlungen ein dem Geist der Zeit entsprechendes Resultat haben.

Die Teuerungszulagen kein Geschenk.

Unternehmen lieben es, bezüglich der Teuerungszulagen so zu tun, als ob es sich dabei um eine in der Freiheitigkeit und dem Wohlwollen der Arbeitgeber beruhende besondere Zuwendung handele. Dieser Standpunkt wird natürlich von den Freunden glatt abgelehnt. Sie erachten die Teuerungszulagen als eine Erhöhung des Entgelts für die Leistung, welche Erhöhung sich rechtfertigt durch den Anstieg der allgemeinen Steigerung der Preise für alle Wohnungs- und Bedarfsgegenstände gesunkenen Geldwerte. Wie der Vorbericht als Beweisstellung für die Zulassungen des Arbeiters in Werte gesehen ist, so ist auch der Vorbericht als Beweisstellung für die Zulassungen des Arbeiters in Werte gesehen ist, so dass der Arbeitnehmer nur Zug und Platz eine dem Sitten des Geldwertes entsprechende Lohnverhöhung beanspruchen kann.

Diese Einsicht von dem Weise der Teuerungszulagen erhält ihren amtlichen Stempel durch eine frischlich gesetzte geschäftliche Entscheidung des Reichsversicherungsamtes. Diese böschte richtliche Anfang in der Arbeiterversicherung hat sich in einer Sache, welche die Frage stellt, ob die Teuerungszulagen auch Entgelte für die Arbeitsleistungen oder nur eine besondere Zuwendung bilden, die für die Arbeiterversicherung unbrauchlich bleibt, wie folgt auszutragen:

Als Befehle stehen sich aber die den Besoldigten gewährten Teuerungszulagen im allgemeinen nicht dar; dies gilt insbesondere dann, wenn es sich nicht um einmalige oder gelegentliche, sondern, wie hier, um höheren Gruppen von Beschäftigten in regelmäßiger Wiederkehr gewährte Leistungen handelt. Teuerungszulagen werden im allgemeinen während des Krieges deshalb gezahlt, um die infolge der allgemeinen Versteuerung in ihrem Wert gesunkenen Löhne zu bringen und die Lohnhöhe den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen wieder anzupassen.

Diese Zustellung des Reichsversicherungsamts sei jedem Unternehmer zum Nachdenken empfohlen. So natürlich sie ist, so schwer kann sie in die Gedankenwelt mancher Arbeitgeber Eingang finden. ck.

Zur Lehrlingsfrage im Handwerk

Erinnerung an den Monatsbericht der Düsseldorfer Handwerkskammer. Es heißt einleitend hier, daß es ihnen vor dem Kriege für viele Berufe im Handwerk schwierig war, geeignetes Lehrlingsmaterial zu erhalten; aber auch die jetzt in Vorsichtsaug gebrachten Maßnahmen, wie Berufseratingstellen, Lehrstellenvermittlung, Bekleidungen in den Schulen über die Vorteile der ersten Berufe hinweg, seien nicht ausreichend, um die notwendige gründliche Ausbildung herbeizuführen. Das Urteil steht an der Wurzel erfaßt werden. Herr Götter hält es für einen großen Fehler, wenn man glaubt, daß die Regierung in der Deutschen eine Aufgabe der Beauftragung durch den Vater in den jungen Monaten der der Schulentstaltung sei, und daß dann nur die Lehrstellenabteilung dem Jungen eine Stelle in irgendeinem von ihm möglichen Berufe zuzuteilen brauche. Die in den Fortbildungsschulen gesetzten Erfahrungen beweisen zur Evidenz, daß dies nicht ausreichend sei; denn sehr viele wechseln ihre Lehrstelle und ihren Beruf, während bei einer anderen Berufserating und Berufswahl solche großen Veränderungen nicht vorkommen dürfen. Die Fazette der Berufsschule ist eine reine Erziehungsstrophe, und zwar ist sie überhaupt eine Erziehung zur Arbeit. Heute und Viele der Arbeit müssen geweckt und beständig gepflegt werden. Die Erziehung hat bereits in der Kindertube eingesetzt, von Spiel ausgehend, zur nützlichen Arbeit zu führen. Die Schule hat dann mit entsprechenden Einrichtungen die Arbeit fortzusetzen. Von einem Kollegen, der in Frankfurt erzogen worden ist, wurde uns vor Jahren gesagt, daß die dortigen Missionsschulen vollständige Fortbildung für die Erziehung der verschiedenen Handwerke seien. Aber den Unterrichtsstunden werden die Kinder später in den von ihnen erwählten Gewerben begreifen, so daß sie mit 14, 15 Jahren beständig arbeiten können. d. s. v. Nur so wird bei den Anstreben für die Arbeit und damit die Erziehung zu einem getreuen Sozialen Zeider. Der Kind nicht selbst wissen, was er selber will; die Erziehung ist dann nur das Endergebnis einer Fortbildung über die Art der gewünschten Ausbildung und die Wahl der Gewerbe. Es ist schwer zu verstehen, warum die

Lehrbetreibenden, ihre Stimmen zu erheben und dafür zu sorgen, daß diese Einrichtungen der Erziehung mehr als bisher auch in den maßgebenden Kreisen anerkannt und praktisch durchgeführt werden. Werde ich bei die Zeit hierfür geeignet, zumal die Gefahr besteht, daß die Zustände nach dem Kriege schlimmer werden als bisher. Der Satz „Freie Babu dem Täglichlichen“, werde leider falsch verstanden und ganz einseitig durchgeführt. Man glaubt, dem Täglichlichen aus den Kreisen der ärmeren Bevölkerung droht es zu helfen, daß man ihm den Weg zur höheren Schule oder wenigstens bis zum Erwachsenen durch den Besuch einer Realschule erleichtere. Besondere Berufe und Schulen für gutbegabte Kinder werden einzurichten, um ihnen den Weg ins Leben durch die höhere Schule zu ermöglichen. Solange sich diese Einrichtungen in den Grenzen halten, daß eine Überfüllung der gelehrten Berufe nicht eintrete, dürfte nichts einzuwenden sein; es äußere sich bei den Kindern aber quer neben der geistigen Begabung eine nach der praktischen Seite hin, und man soll, wenn man das eine tut, das andere nicht lassen. Die einzige Förderung einer großen Zahl von Kindern bis zur Berechtigung zum Einschreiben habe ihre großen Bedenken; denn nur ein verschwindend geringer Teil dieser Leute werde sich den praktisch handwerklichen Berufen zuwenden. Die Förderung bis zum Einschreiben hält Götter auch aus rein praktischen Gründen für Handwerker unzureichend. Gewiß sollen diese Einrichtungen der Förderung nicht etwa ausschließlich werden lediglich unter dem Gesichtspunkte, um die jungen Leute in handwerkliche Berufe zu zwingen, sondern die Einrichtungen müssen darüber getroffen werden, daß auch ein gewisser Prozentsatz intelligenter Kinder dem Handwerk angeführt werde. Daß für eingetreten, sei nun die Aufgabe der maßgebenden Kreise des Handwerkerstandes. Es wäre eine Ungerechtigkeit, wollte man nur die hervorragend geistig Begabten fördern und die Intelligenz nach der handwerklich praktischen Seite hin vernachlässigen. Die große Masse der gewerblichen Jugend werde sich wie bisher praktischen Berufen zuwenden müssen, und für sie sei es besonders notwendig, geeignete Einrichtungen der Förderung zu schaffen. Hier erwachten den Gewinnenden auf dem Gebiete der Erziehung und des Unterrichts recht große, aber auch dankbare Aufgaben.

Streikbewegung.

Als am vorigen Montag die Nummer 5 des „Vereins-Anzeigers“ abgeschlossen wurde, war durchaus nichts darüber bekannt, daß an den folgenden Tagen in verschiedenen Städten größere Ausschläge zu erwarten seien. Wohl war im Hauptauskunft des Reichstages am 26. Januar von einem Abgeordneten die Sprache auf ein Flugblatt gebracht worden, das zum allgemeinen Massenstreik aufforderte. Die hierauf erfolgte Ausschließung schloß dann mit einem Appell des Staatssekretärs Wallraf an die deutsche Arbeiterschaft, wie bisher auch fernherin in der Treue zur Heimat auszuhalten. Die christlichen und katholischen Gewerkschaften erschließen Erklärungen, in denen sie sich grundsätzlich für die Kriegszeit aus praktischen Gründen schärfer gegen den Massenstreik wenden. Vom 28. Januar ab sind aber in einer Anzahl Städte Streiks ausgebrochen. Keine politische Partei hat die Verantwortung dafür übernommen. Die Haltung für die Sozialdemokratie ist ohne Weiteres gegeben: sie ist genau so wenig wie die Gewerkschaften gefragt worden, ob sie dem Streik zustimmen wolle oder nicht. Sie trägt also keinerlei Verantwortung für die Ausschläge. Nun ist nicht zu verteuern, daß diesen Ausschlagsbewegungen mancherlei Ursachen zugrunde liegen. Eine große Rolle spielen für die starke Erregung der deutschen Arbeiterschaft neben der Unruhe über den Verlauf der Friedensverhandlungen die Ernährungsverhältnisse und die preußische Wahlrechtsfrage. Diese steht immer noch im Zentrum, und die Regierung läßt nicht die Gewissheit ein, daß sie die Kraft besitzt, allen Widerständen zum Trotz ein neues Preußen zu schaffen.

Bei schwerster Arbeit unter keineswegs genügender Ernährung sind die Massen naturgemäß gereizt und nervös erschöpft. Seelische Leiden und körperliche Entbehrungen haben ihre Geduld aufgebraucht. So sind Streiks als Ausschläge der Ungeduld und der Auslehnung in diesen Zeiten durchaus wahrscheinlich. Eine Gefahr für die Landesverteidigung brauchen sie in keiner Weise zu werden. Bei verständiger Haltung der Regierung, bei klarem Ausdruck ihres Friedenswillens würden sie ohne weiteres zu bloßen Demonstrationen für die außenpolitischen und innerpolitischen Ziele der Arbeiterschaft werden. Wenn insbesondere die Regierung Klarheit darüber schaffen wollte, daß sie vollkommen frei von den Scharfmachern ist, die geradezu rasend das gleiche Wahlrecht und jede soziale Reform anfallen, dann würden solche Bewegungen zweifellos ruhig verlaufen und rätsch zu einer Verständigung führen müssen.

Ein klares Bild über die gesamte Bewegung am Schlusse der Streikwoche zu geben, ist nicht möglich. In verschiedenen Städten soll es nach Berichten aus der Tagespresse gelungen sein, eine Verständigung zu erzielen, so daß die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Leider ist es in Berlin, wo der Streik einen größeren Umschwung angenommen hat, noch zu seiner Verständigung gekommen. Dort haben sich die Streikenden an den sozialdemokratischen Parteivorstand gewandt und ihm erklärt:

„Wir sind in den Streik getreten, weil die Mehrheit es beschlossen hat; der Streik trägt politischen Charakter, und an seiner Leitung ist die Unabhängige sozialdemokratische Partei beteiligt – wir wollen und fordern, daß auch der sozialdemokratische Parteivorstand an der weiteren Leitung der Bewegung teilnimmt, um sie zu einem guten Ergebnis zu führen.“

Was könnte in solcher Lage der Parteivorstand anders antworten, als daß er dazu bereit sei. Andernfalls wäre eine ungerechte Herrschaft in die ganze Arbeiterschaft getragen worden, einer hätte dem andern Vorwürfe gemacht, und das ganze Organisationsleben wäre unheilbar zerstört, das Solidaritätsgefühl tiefschüttelt worden. Eine derartige Entwicklung könnte kein Arbeitgeber wünschen, der sich seiner Verantwortlichkeit bewußt war.

Die Regierung hat sich zwar bereiterklärt, mit den Parteiführern zu verhandeln, aber eine Vertreibung der streikenden Arbeiter zu empfehlen, weigerte sich der Staatssekretär des

Innen, Herr Wallraf. In Österreich hat der Ministerpräsident v. Goldner nicht nur die streikenden Arbeiter empfangen, sondern sogar durch kluge Angeständnisse an sie eine schnelle Einigung herbeigeführt. Deshalb sollte auch die deutsche Regierung in vernünftiger Weise einlenken und sich nicht an Formalien klammern. Die Haupsache ist doch, daß eine Aussprache und ein Einvernehmen zu stande kommt, damit dadurch die notwendige Rüstungsarbeit wieder fortgeführt werden kann. Auch der Regierung mag daran liegen, daß durch solche Zusagen ein bestimmter Stabilisierung für das ganze Reich herbeigeführt wird. Nur dadurch kann Ruhe in die Arbeitsverhältnisse kommen und verhindert werden, daß die Bewegung wie ein Blitzefeuer an allen möglichen Orten von neuem ausbricht. Die Regierung sollte deshalb auf jedes Kraftmauerwerk verzichten und ohne Angst in Verständigungsverhandlungen mit den streikenden Arbeitern einzutreten. Dann wird bei gutem Willen eine befriedigende Beilegung der Streiks zu erreichen sein. Auch in der blüherlichen Presse findet das Verhalten des Herrn Wallraf keine Billigung, so sagt unter anderem die „Berliner Volkszeitung“:

„Wir müssen aber gestehen, daß uns die Haltung des Staatssekretärs wenig glücklich erscheint. Sie erinnert in peinlicher Weise an das Verhalten gewisser Schwerindustrieller, die den Standpunkt des Herrn im Hause hervorlehrten und ein Verhandeln mit Arbeitersabordnungen ablehnen. Zunächst hatte der Staatssekretär die Pflicht, die Abordnungen zu empfangen. Seine Ansichten konnte er ihr ja mündlich auseinandersetzen. Dabei hätte er die Gelegenheit wahrnehmen können, eine Beilegung der Bewegung herbeizuführen. Schon um dieser Möglichkeit willen durfte er den Empfang nicht ablehnen. Die Unterlassung will uns schweinische Fehler der Arbeiter, als eine schändliche, unüberlegte Demonstration ansehen, glauben wir uns genötigt, das auszusprechen.“

Die der Generalausschiffung der Gewerkschaften angeschlossenen Verbände sind, wie schon in der Tagespresse bekannt gegeben wurde, an den Streiks nicht beteiligt. Am 1. Februar nahm eine Konferenz der Gewerkschaftsstände Stellung zu der Bewegung, worauf wir in der nächsten Nummer zurückkommen, wenn uns ein Bericht darüber vorliegen wird.

Von unseren Kollegen im Felde.

Auszeichnungen haben erhalten die Kollegen: J. Lang (Wöhl), Paul Schubert (Hamburg) und Vo. h. Funke (Hamburg, Bahnhofstelle Uetersen) das Eisene Kreuz 2. Klasse; das Eisene Kreuz 2. Klasse und das Hessische Sanitätskreuz zu Luis Stoll, die Osmanische Kriegsmedaille Franz Hammann, Mitglieder der Filiale Frankfurt am Main; Christian Buchinger (München) das Eisene Kreuz 2. Klasse und die Dienstauszeichnung.

Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

Cassel. Nach längerer Pause fand hier am 18. Januar wieder eine Mitgliederversammlung statt, die sich mit den letzten Beschlüssen des Verbandsbezirkes befaßte. Kollege Preuß gab erst den Kassen- und den Quartalsbericht vom vierten Quartal, aus dem zu entnehmen ist, daß die Filiale ihren höchsten Stand der Mitgliederzahl während des Krieges erreicht hat; doch sei es ein sterner und fester Stand von Kollegen, die gebilligt sind, unter den in der Kriegsindustrie beschäftigten, uns noch fernstehenden Kollegen eine rege Agitation zu entfalten, um eine Aufwärtsbewegung unserer Filiale zu erzielen. Vor allem sind sie sich bewußt, daß die größte Aufmerksamkeit auf die vom Militär entlassenen, rekrutierten und kriegbeschädigten Kollegen zu lenken ist. Unsere Bauberufe sind nur noch wenige Kollegen tätig; der weit aus größte Teil ist in der Kriegsindustrie beschäftigt, da ihnen hier eine bessere Bezahlung ihrer Arbeitskraft gewährleistet ist; zugleich ist aber auch der Beweis erbracht, daß die gegenwärtigen Löhne im Berufe für den notwendigsten Lebensunterhalt nicht hinreichen und eine Erhöhung des Lohnes plausibel sein muß. Eine Gingabe an das hiesige Lebensmittelamt, zwecks Aufnahme unserer Kollegen in die Schwerarbeiterliste, hatte voll ein Erfolg. Zum Kriegsdienst wurden bis jetzt, laut Verzeichnis, 488 Kollegen einberufen; leider fielen so weit bis jetzt bekannt, 45 Kollegen dem Weltkriege zum Opfer. Kollege Zimmermann, Frankfurt a. M., referierte sodann über: „Die Beitragserhöhung und die Situation im Verbande“, und führte zu ersteren aus, daß der Verband in seinen Einschneidungen und Ausgaben sich bis jetzt in der Bilanz gehalten habe, doch sei zu befürchten, daß bei der ständig steigenderen Kranken-, Sterbe- und Arbeitslosenunterstützung, die zweifellos nach dem Kriege durch die heimkehrenden fränkischen und kriegbeschädigten Kollegen noch größer werde, und durch die im vorigen Jahre wiederum gezahlte Weihnachtsunterstützung eine Abnahme unserer Finanzen eintreten könnte. Dieses sei unter allen Umständen zu vermeiden, wolle man den uns nach dem Kriege auf dem Lohn- und Arbeitsgebiete gestellten Anforderungen gerecht werden; denn zweifellos stehen uns nach dieser Richtung hin große Kämpfe bevor; es sei daher der Ansicht des Beirats, den Wochenbeitrag um 10 % für die Hauptkasse zu erhöhen, zugestimmt. Aber auch für die Lokalkasse sei eine Besteuerung der Finanzen notwendig; diese sei in den letzten Jahren durch ihre sehr verminderlichen Einnahmen immer mehr in Schulden bei der Hauptverwaltung gekommen; hierfür müsse ein Ausgleich geschaffen und die Einnahmen müssen so gestellt werden, daß die Filialverwaltung allen Auforderungen im Filialgebiet gerecht werden können, wobei sie weitere Fortschritte machen. Die Kollegen beteiligten sich rege an der Diskussion. Sie erkannten in beiden Fällen die Notwendigkeit an und stimmen einstimmig für die Erhöhung des Beitrages von 10 % für die Hauptkasse und 10 % für die Lokalkasse. Zur gegenwärtigen Situation im Verbande bemerkte Kollege Zimmermann, daß am 15. Februar 1918 unter Tarif abweichen und die Verhandlungen baldigst beginnen würden; eine Erhöhung der Beitragszulage sei hierzu eingereicht; dieses wurde von

den Kollegen mit regem Interesse entgegengenommen. Mit der einmütigen Annahme der Beitragserhöhung befunden die Kollegen abermals den festen Willen und die Kraft, alle Opfer für ihre Organisation zu bringen; haben sie doch die Jahre hindurch hinreichend erkannt, daß nur eine starke, gut ausgebauten Organisation für sie Erfolge erzielen kann. Daraum, Kollegen, stärken und kräftigen wir unsern Verband, arbeiten wir in diesem Jahre dem Ziele der Freiheit und des Friedens entgegen. K. P.

Aus Unternehmerkreisen.

Der Verband sächsischer Vereinigungen selbständiger Maler und Lackierer hielt seine erste Tagung in Dresden ab unter dem Vorsitz des Herrn Obermeisters Schirmer. Die Versammlung nahm verschiedene Satzungsänderungen vor und genehmigte die Aufführung des Haushaltplanes, der für 1918 in Einnahme und Ausgabe mit # 8870 bilanziert. Zum Vorsitzenden wurde Herr Schirmer wieder gewählt. Darauf referierte Syndikus Dr. Märk über die Aussichten der Rohstoffversorgung für Industrie, Handel und Gewerbe. Nach eingehender Darlegung über die grundlegenden eingetretenen Verhältnisse infolge des Krieges gab er nähere Nachrichten an für die künftige Produktion sowie die Beschaffung und Verteilung der zur Verfügung stehenden Farben. Neben genossenschaftliche Betätigung im Gewerbe berichtete Herr Mertig. Er legte die großen Vorteile des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Handwerker dar und wie auf diesen Weise Werbemöglichkeiten geschaffen werden können. Über die Notwendigkeit gentigender Vertretung des Handwerksteiles in den Parlamenten sprach der Landtagsabgeordnete Dr. Mängler. Er empfahl den Handwerker, sich den politischen Parteien anzuschließen, da sich die Gründung von Handwerkerparteien zur Wahrnehmung ihrer Interessen in den politischen Parlamenten nicht bewährt habe. Der nächste Verbandsitag soll in Chemnitz oder in Frankenberg abgehalten werden.

Baugewerbliches.

Abreschenbeschaffung für die Demobilisierung im Baugewerbe. Für die alshaldige Wiederaufnahme der Bautätigkeit nach dem Kriege ist die rechtzeitige Entlassung der Kräfte des Baugewerbes von großer Wichtigkeit. Hierfür kommen natürlich in erster Linie die Maßregeln der Demobilisierungsbüroren in Betracht; aber auch das Baugewerbe und die Baumaterialienindustrien ihrerseits können an der Durchführung der rechtzeitigen Entlassung ihrer Arbeiter und Angestellten wissentlich mitarbeiten. Hierzu bedarf es vor allem der genauen militärischen Abreissen der einzelnen gewünschten Leute, um diese seinerzeit bei der zuständigen Kriegsamtstelle anfordern zu können. Die eben genannten Unternehmungen werden daher gut tun, sich diese Abreissen jetzt schon einwandfrei und vollständig zu beschaffen. D. W. A.

Kleinwohnungsbau in Elsaß-Lothringen. Die Frage des Baues von Kleinwohnungen, die für die Übergangszeit von besonderer Wichtigkeit ist, soll in Elsaß-Lothringen, wie die „Kommunale Peagis“ mitteilt, auf dem Wege der gemeinschaftlichen Bauorganisationen gelöst werden. Sowohl Gemeinden wie öffentliche Körperschaften, Sparkassen, Darlehnsklassen, Krankenkassen, Privat- und Gesellschaften können sich durch Erwerb von Geschäftsanteilen an diesen Baugenossenschaften beteiligen. In manchen Gemeinden ist man auch dazu übergegangen, durch diese Baugenossenschaften Schuldscheine auszugeben, die wie die Geschäftsanteile verzinzt werden sollen, ohne daß dabei das Risiko einer Haftsumme besteht. Der Revisionsserverband Elsaß-Lothringischer Genossenschaften in Straßburg, mit dem bereits eine Reihe von Gemeinden in Verbindung getreten sind, unterstützt vorherhand mit Rat und Tat die Gründung der gemeinnützigen Baugenossenschaften, bis vielleicht durch den Zusammenschluß aller Baugenossenschaften eine Zentralstelle sich entwickelt hat, bei der die Vorarbeiten der gemeinnützigen Baugenossenschaften zusammenlaufen würden.

Gewerkschaftliches.

Emil Döblin †. Der langjährige Vorsitzende des Deutschen Buchdrucker-Verbandes, Emil Döblin, ist am 31. Januar nach beinahe 80jähriger Tätigkeit im Alter von 65 Jahren gestorben. Nicht nur der Verband der Buchdrucker, auch die deutsche Gewerkschaftsbewegung erleidet durch den Tod Döblins einen schweren Verlust. Er war der eifrigste Vertreter des Tarifvertragsgedankens, der anfangs sehr starken Anfeindungen ausgesetzt war, im Laufe der Zeit sich aber siegreiche Bahn verschaffte. Döblin galt als bester Kenner der Tariffrage und gewissermaßen als Gutachter, und er wurde in dieser Frage nicht nur in Gewerkschaftskreisen als Berater geschätzt, sondern auch von andern Kreisen um seine Meinung angegangen. Sein ziel klarer, durch reiche praktische Erfahrung gesättigter Standpunkt zu allen gewerkschaftlichen Fragen und Geschäftshandlungen war geradezu musterhaft. Und nützliche Disziplin wurde von ihm bestimmt und speziell im Buchdrucker-Verband durchgesetzt, die nicht zuletzt den Erfolg hatte, daß der Verband seit den letzten Berufsgenossen organisatorisch eschafft und unter sein starkes Schutzbach führt. Gestiftet, unerschöpflich auch in dieser schweren Kriegszeit, finanziell stark, in den organisatorischen Einrichtungen musterhaft, so stellt sich das Lebenswert heute dar, dem der Verstorbenen seit 1888 als Vorsitzender, vorher schon als Berliner Gauvorsitzender, in steter Arbeitsfreudigkeit dient hat.

Weit über die Gewerkschaftskreise hinaus wird diese Trauer über den Tod des treuen, allgemein beliebten und geachteten Gewerkschaftsführers sein. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung aber und der Buchdrucker-Verband haben einen schweren Verlust zu beklagen; denn einer ihrer Besten kann für sie nicht mehr wirken. Sein Andenken aber wird fortleben, und sein Lebenswert wird in der deutschen Gewerkschaftsgeschichte als lebenswertes Vorbild allezeit dastehen.

Der Verband der Buchdrucker ist in eine Bewegung gegen Papiernot und Papierknappheit eingetreten, die auf die Sympathien weitester Kreise rechnen kann. Der „Korrespondent“, das Verbandsorgan der Buchdrucker, wendet sich unangenecht gegen die Büros, die infolge des Papiermangels sich im Buchdruckergewerbe entwöhnen haben und die bereits einen bedrohlichen Charakter annehmen. Aber ist, erklärt das genannte Blatt, die Arbeitszeit seit längerer Zeit so gut wie versauert, weil die Personalnot infolge der Einberufungen auch den leichten Mann beschlägt nimmt. Aber der Zeitpunkt, wo es den Buchdruckern und den andern graphischen Arbeitern so eingeschlossen wie den Textilarbeitern, die höchstens nur vier oder fünf Tage arbeiten können, wird bald eintreten, wenn die Reichsstellen sich nicht endlich ausgaffen und für die Versorgung der Druckereien mit Papier mehr tun als bisher. Die Zeit der platonischen Erklärungen ist vorüber, die Beihilfenschaft kann dieser Katastrophenpolitik nicht länger zu sehen. Sie tritt jetzt in eine umfassende Protestbewegung ein, um wenigstens das schlimmste Unheil abzuwenden. Das Blatt fordert von den Zeitungsverlegern, daß sie ebenfalls zu einer Protestaktion schreiten, ihre Stimme erheben und in ihren Blättern eine deutliche Strophe reden. Das Taxifahrer hat sich bereits am 10. November v. J. an den Reichskanzler gewendet, aber auf die Eingabe keine Antwort erhalten. Die Beihilfenschaft hat nun längst in vielen größeren Druckstädten Protestversammlungen abgehalten, und in allen Versammlungen sind Eingaben an den Reichskanzler in Anlehnung an die Eingabe des Tarifvertrages beschlossen worden. Die Bewegung richtet sich gegen den Kriegswirtschaftsraum. Die Papierfabriken sind in der Hauptstadt mit der Herstellung von andern Papierarten als für den Druck beschäftigt. Ihre Preise und Dividenden erhöhen sich fortwährend. Alle die Verstaltung andern Papiermaterials erhalten sie Kohle, Rohstoffe, Materialien und Personal gestellt, und zeigen daher für die Bedürfnisse des Druckereigewerbes kein Interesse mehr. Der „Korrespondent“ fordert die Aufhebung der Kontingenzerklärung vom Juli 1917 und ihre Ersetzung durch die vorherige; die Herstellung von Papier mit hohem Bellingshalt sollte einstweilen unterstellt werden; den Papierfabriken wäre das nötige Personal zu stellen.

Der Holzarbeiterverband zählte am Jahresende 1918 Mitglieder gegenüber 68240 im Jahre 1916. Da noch die Berichte einiger Ortsgruppen ausstehen, beträgt die Zunahme rund 23000 neue Mitglieder. Den Hauptanteil an der Zunahme der Mitgliederzahl tragen die jugendlichen und weiblichen Mitglieder; aber auch die Zahl der männlichen Mitglieder stieg um über 8000. Bei den weiblichen und jugendlichen Mitgliedern fehlt nicht allzuviel an einer Verdopplung der Mitgliederzahl. Der Verband hat im letzten Jahre von Januar bis September fast ebensoviel Mitglieder aufgenommen, wie in den drei vorangegangenen Jahren zusammen. Die „Holzarbeiterzeitung“ drückt hohe Bewunderung über die Werbepolitik des Verbandes aus, die aus diesen Zahlen spricht und sich auf die hohen Leistungen des Verbandes stützt.

Der Deutsche Eisenbahnerverband in der Entwicklung. Die freien Gewerkschaften haben im verflossenen Jahre trotz der außerordentlichen Schwierigkeiten in der Agitation einen sehr erfreulichen Aufschwung genommen. Von besonderer Wichtigkeit aber ist: auch die Staatsarbeiter strömen in immer größeren Massen der freien gewerkschaftlichen Organisation zu. Der Deutsche Eisenbahnerverband, der im Juli 1918 gegründet wurde, seine Werbepolitik aber erst nach Aufhebung der Verbote im März 1917 beginnen konnte, hat in dieser kurzen Zeit eine großartige Entwicklung zu verzeichnen. Trotz alter Anfeindungen und unlauteren gehässigen Machenschaften seiner nationalen Gegner ist der Deutsche Eisenbahnerverband bereits zur zweitstärksten Organisation der deutschen Eisenbahner geworden, und aller Voraussicht nach wird er in einiger Zeit den bisher stärksten Verband der Eisenbahnhandarbeiter- und Arbeiter (Trier-Berliner Verband) überflügeln haben.

Zurzeit halten die Ortsgruppen des Deutschen Eisenbahnerverbandes ihre Mitgliederversammlungen ab, in denen die örtlichen Leitungen Bericht erstatten und die Neuwahlen vorgenommen werden. Soweit wie die Berichte bisher verfolgen konnten, gewähren sie ein Bild erfreulichsten Fortschrittes und hoffnungsfroher Begeisterung der Eisenbahner. In diesen Tagen fand in Berlin eine Versammlung der Mitglieder aller hier bestehenden Ortsgruppen des Verbandes statt. Nach dem erstaunten Bericht hat die Mitgliederzahl bereits 30000 weit überschritten. Es wurde Zusammenfluß der Ortsgruppen zu einheitlicher Verwaltung, die Erhebung eines Ortszuschlags von 5% pro Woche zum Verbandsbeitrag und der Anschluß an die Berliner Gewerkschaftskommission beschlossen. Bessere Fortschritte noch als in Berlin sind an manchen andern Orten zu verzeichnen. Die Ortsgruppe Hannover zählte Ende Dezember 1917 bereits 3239 Mitglieder. Auch die Ortsgruppen Breslau und Hamburg-Altona haben die Mitgliederzahl von 3000 erreicht. Bremen, Frankfurt a. M., Darmstadt, Saarbrücken hatten in den letzten Wochen ganz gewaltige Mitgliederzunahme. Im Bezirk Magdeburg, in Schleswig-Holstein, im Stettiner Bezirk und im Osten des Reiches, in den Direktionsbezirken Bromberg und Königsberg macht der Verband ebenso günstige Fortschritte. In der letzten Zeit wurde auch in den Direktionsbezirken Köln, Elberfeld und Essen eine Anzahl neuer Ortsgruppen errichtet. Die aus einzelnen Orten bekannten Mitgliederzahlen beweisen, wie die Bewegung bereits Raum gewonnen hat. Es waren Mitglieder am Jahresende vorhanden in Hamburg über 1000, in Königsberg 300, Neumünster 1000, Starogard 750, Schneidemühl 1300, Stendal 900, Saarbrücken über 1300. Aber nicht nur in Preußen, auch in den andern Bundesstaaten haben die Eisenbahner die Notwendigkeit der einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation erkannt. Sehr gute Fortschritte sind in Sachsen gemacht worden, wo die Zahl der Mitglieder bereits 10000 überschritten haben dürfte. Das Vereinsleben ist überall sehr rege. Die Brüder werden pünktlich gezahlt, der Versammlungsbesuch ist stets ein guter. In den Arbeiterausschüssen und Nach-

rungsausschüssen nicht ist der Eintritt in die Organisation unzulässig. Die finanzielle Unterstützung des Verbandes wird ebenfalls sehr gering.

Gewerbe- und soziale Hygiene.

Die hygienische Bedeutung der durchgehenden Arbeitszeit. Die durchgehende Arbeitszeit, die vom 1. Oktober 1918 an vorschreibt, wegen ihres mehr und mehr eingesetzten Arbeitszeit, hat auch, worauf die „Warte für Volksbildung“ hingewiesen, viele gesundheitliche Vorteile. Damit ist es ein Vorteil, wenn immer noch geglaubt wird, daß in den Tagen mit einem kleinen Bericht genügend zu tun ist, was die eigentliche Freiheit der geplanten Arbeitszeit ist. In der Mittagszeit helfen viele in den Büros die Männer in die Gasträume oder in ihre weit entfernt liegenden Wohnung, sie nehmen in ihrem irgendeine warme Mahlzeit, die natürlich nur angenehm gefallen wird, bzw. gefüllter Blasen ist, aber ein schwerer Störenfried der Arbeit, und diese hindert wieder die volle Ausnutzung der aufgenommenen Speisen. Der letztere Vorteil ist direkt eine Verkürzung; der Körper kann nicht so vollständig die ihm gegebenen Speisen verdauen, wie er es bei der alten und regelmäßigen Mahlzeit nach dem Essen tut würde, und so hat der Arbeiter auch noch einen recht erheblichen Schaden aus diesen ungünstigen Einrichtung. Die Hauptmahlzeit wird viel gewährlicher als zwischen 12 und 2 Uhr zwischen 3 und 7 Uhr eingenommen; sie kann dann mit Ruhe und im Bewußtsein erfüllter Fülle etwas genommen werden. Wenn bei einer solch bis normalerweise Arbeitszeit in der Arbeitszeit eine halbe Stunde pausiert wird, so genügt dies vollkommen, um hinterher die Tochterarbeit zu Ende führen zu können, ohne daß eine besondere Erholungszeit fällt absondern auch viel besser zum Erholungs- und Anstrengung von Sport, Gartenarbeit oder zur geistigen Erholung verwendet werden.

Sozialpolitisches.

Eine ernste Warnung. Das „Correspondenzblatt“ der Generalstreikkommission hatte in seiner Nummer 3 in eingehender Weise auf die Gefahren hingewiesen, die durch die Perspektivungs- und Verhandlungsarbeit der preußischen Wahlrechtskommission entstehen müssen. Alldeutsche Männer hatten das als „Weg zum Landesbericht“ benannt. Darauf erwidert das „Correspondenzblatt“, dieses Fälschungsmittel müsse in sich zusammenhängen aufgestellt der Tatsache, daß die deutschen Gewerkschaften vom Kriegsbeginn bis zur Stunde die Bewährung für die ruhige Aufrichterhaltung der Arbeit für die Landesvereinigung übernommen haben. Um die erhöhte Fortsetzung dieser Arbeit zu sichern, erheben sie ernst merken ihre Stimme. Mit Willen ist bisher die Ruhe der heimischen Arbeit in der Kriegszeit nicht gestört worden. Es gibt aber eine Grenze, bei der die Gewerkschaftsleistungen eine solche Gewähr nicht mehr übernehmen können, und diese Grenze wird erreicht, wenn die dreiste Verhöhnung des Volkes, die sich die Wahlrechtsreformgegner in den Ausführungsverhandlungen herausnehmen, fortduren und gar mit der Verhandlung der Reform gefährlich würden.

Wir kennen unsere Arbeiterschaft zur Genüge, um zu wissen, daß sie sich solche Behandlung nicht ohnigestalten läßt; daher haben wir rechtzeitig gewarnt. Die Verantwortung für das, was aus der Sabotierung der Wahlrechtsreform entstehen kann, tragen nicht die Gewerkschaftsleistungen und wir, die wir davor gewarnt haben, sondern die Kreise, die das Volk um die Erfüllung der von der Krone feierlich versprochenen Reform zu betrügen versuchen.

Neben dieser Verwahrung wird ein weiterer Vorwurf über das Treiben der Reaktion gegeben. Es tadelt die Antwort der Zentralmächte vom 27. Dezember; aber auch die Russen hätten in West nichts zur Beschränkung des Friedens getan. Die letzten Erklärungen der Mittelmächte vom 15. Januar seien eine brauchbare Grundlage für die weiteren Verhandlungen. Gegenüber den Friedenserklärungen englischer und amerikanischer Staatsmänner müsse man nach den Erfahrungen des Krieges weise Vorsicht walten lassen. Aber gerade deshalb sei klare Antwort notwendig. Man könne den Mittelmächten nicht zusimmen, sich einseitig zu binden; aber innerhalb der durch die Erklärung der Westmächte gezogenen Grenzen müßten auch sie offene Antwort geben. Zu den Friedenserhandlungen mit Russland sei eine Vertretung der Unternehmensinteressen – so hat wenigstens das „Berliner Tageblatt“ gemeldet – hinzugezogen. Für die Wahrung der Arbeiterrichter bei Friedensschluß sei bisher noch nichts geschehen. Der Krieg der Scharfmacher dränge sich stärker hervor als früher. Eine Reihe sozial verständiger Männer seien bestellt, andere in ihrem Einfluß beschränkt. Was aber die Leidenschaft in stärkstem Maße erregt, sei die Behandlung der preußischen Wahlrechtsvorlage in der Kommission. Damit arbeite man lediglich den Steuern in die Hände, die das Interesse der Arbeiter an der Landesverteidigung in Zweifel ziegen. Werde die Wahlrechtsvorlage wissenschaftlich erörtert, dann sei die Politik des 4. August, die Politik der Gewerkschaften, als falsch erwiesen und über den Haufen geworfen; dann müßten diese legitime Verantwortung für die Ereignisse ablehnen, die eine voranschreitende Angriff der preußischen Nation sein würden. Die Wahlrechtsfrage sei eine Ehrenfrage für die Arbeiterschaft geworden, und ein Volk wie eine Klasse erträgt die größten Opfer für seine Zukunft; aber es erträgt nicht die Aufsicht einer Ehre. Das mit allem Nachdruck auszusprechen, sei Pflicht der Gewerkschaften.

Protration für Schwerarbeiter in Lungenheilstätten. Das Kriegsernährungsamt hat folgende Anordnung erlassen: Nach den Grundsätzen des Kriegsernährungsamtes erhalten Lungenerkrankte in Heilstätten eine Protration von zwei Kilogramm wöchentlich. Diese Wochenträger ist um ein Kilogramm geringer als die Ration. Die Schwerarbeiter sind zusammen mit ihres Dienstes.

bedenkt aber für alle Schwerarbeiter, die in Lungenberkrankten aufgenommen werden, in der Provinziorpma eine Beihilfeerteilung, die von den Kranken sehr gern empfunden wird und in der Regel eine Rechnung verlangt, die nicht nur dem Anvertrauen dieser Kranken abträglich ist, sondern auch vielfach in einer recht enttäuschenden dem Betrieb der Anstalten sehr ungünstigen Einwirkung auf andere Erleglinge gehend ist.

Um diesen Zwecken, die nach Witterung von zunehmender Zeit zu betrübt sind, daß sie berücksichtigt werden müssen, genügend abzuheben, fallen nunmehr nach Aufstellung des Arztesentnahmearentes oder Schwerarbeitersteuer, die in Pflichtenlasten oder in ähnlichen Ausfallen aufzunehmen werden, von den heimatlichen Verpflegungsstellen für jede Woche für Verpflegung in der Anstalt Meissnerbauten für eine Portion von 1000 Gramm überreicht werden.

Die Anwendungen an Unterstüttungen für die Familien der Kriegsteilnehmer befinden sich in dauerndem Stehen. Das ist eine Folge des fortgesetzten Ausbaues der Armee. Bei Heilegionenwochen wurden die Mindestsätze, die der Staat trug, für eine Ebene von M. 6 auf M. 9 monatlich im Sommer und von M. 9 auf M. 12 im Winter und für jedes Kind von M. 1 auf M. 6 erhöht. Von September 1916 an veranlaßt diese Sätze M. 15 für eine Ebene und M. 7,50 für eine sechzig ausreichende Person. Am September 1917 wurden diese Sätze auf M. 20 und M. 12 erhöht. Die jüngste ergangene Verordnung vom 2. November 1917 stellt den Gemeinden eine weitere Erhöhung auferlegt und sicher die Erstattung der neuen Zulagen bis zu monatlich M. 5 vom Steuerein zu. Daneben ist eine Fortsetzung der Kasse der Unterstützungsvereinigungen erneut worden. So soll zum Beispiel die Unterstüttung noch drei Monate über den etwaigen Tod des Kriegsteilnehmers oder über seine Entlassung mit Rente hinaus, sofern bei seiner Rente in die Heimat noch den folgenden beiden Monaten bezahlt werden; ferner sollen die unehelichen Kinder, die Vaterfinder und noch verschiedene andere Angehörige des Erbversorger unterstellt werden.

Die zu Lasten des Reiches gezahlten Unterstüttungen erhöhten sich von 26 Millionen Mark im August 1914 auf 63 Millionen Mark im August 1915, 128 Millionen Mark im August 1916 und 177 Millionen Mark im August 1917, insgesamt vorerst bis zum 1. Oktober 1917 der Gesamtbetrag von 1779 Millionen Mark ausbezahlt.

Die finanzielle der Gemeinden sind in ihrem Beitragsauftrag noch nicht festgestellt. Am eingeschlagenen Tag erhebt sie voneinander ab. Während in den kleinen Gemeinden Anteile gering sind und sich häufig nur auf Wiederbelebung erfreuen, betragen sie in den Großgemeinden meist 100 bis 300 vom Hundert der staatlichen Abgabensteuer. Das sind für die Gemeinden oft recht hohe Aufwendungen. So wendete zum Beispiel bis Ende 1916 aus eigenen Mitteln auf: Altenburg rund 15 Millionen Mark, Torgau rund 20 Millionen Mark, Stettin 11 Millionen Mark, Mannheim 10 Millionen Mark, Chemnitz 17 Millionen Mark, Elberfeld 16 Millionen Mark usw. Die Gemeinden haben diese erheblichen Summen durchweg im Wege des Straußes, mein durch Spenden, häufig gemacht. In den Vereinen die Aufzappflicht zu erledigen, haben sogar die einzelnen Bundesstaaten als auch das Reich Spenden vorgegeben. So hat die preußische Staatskasse bis Ende 1917 den Gemeinden über eine Milliarde Mark für ihre Aufgaben in den sozialen Mindestsäften erstatte. Das Reich gewährte Beihilfen zu der Fürsorge aus Armut der Gemeinden aus dem sogenannten Wohlfahrtsfonds, der im Laufe des Krieges monatlich von 10 auf 40 Millionen Mark erhöht wurde.

Die Verträge für das Reich (die Mindestsätze) sollen nach dem Kriegsunterstützungsgesetz erst nach Beendigung des Krieges erfüllt werden. Eine lange Dauer führt jedoch dazu, den Gemeinden Abzahlungszahlungen zu zulassen. Bis jetzt haben sie in zwei Fällen den Betrag von etwa einer Milliarde Mark erhalten. Da man den Vertrag, den die Gemeinden aus eigenen Mitteln zuschieben, auf reichlich zweimal soviel wie die Staatsunterstützung schätzen kann, so ist die bis Ende September 1917 insgesamt gezahlte Summe von 1,1 Milliarden Mark zu beziffern. Zumindest eine gewisse, die Abschluß des Krieges nicht geahnte Summe.

Bescheidenheit und Entbehrung. Nicht betrübende Fazitstellen rückt dem Kriege eröffnet der deutschen Arbeiterschaft ein zukünftiges Radikalsteller in der "Bergwerkszeitung". Die Auslösungen sind um so beweisenswerter, wenn sie deutliche Verbesserung um so nachdentlicher stimmen, als vereidigt die Arbeiterschaft vor einem unvermeidlichen Krieger vorher. Das rückt uns nur ein Stück im allgemeinen Zirkus. Da dem Artikel wird darauf verwiesen, daß Deutschland wirtschaftliche Hauptgegner, England und Amerika, und nach dem Friedensschluß den Versuch machen würden, den Krieg auf wirtschaftlichem Gebiete fortzuführen. Die Wirtschaftsleute Deutschlands werden daher in den feindlichen Ländern zunächst sehr gering sein. Wollen sie die verfeindeten Länder sich in dem Kampfe nach dem sozialen Prinzipen in einen zweiten Hauptkampfungen zu erfüllen, müssen sie die eigenen Hilfsquellen ihrer Freunde zur Hilfe ausnutzen, um dem eigenen Haushalt in bester Weise die Erzeugnisse anzuführen, die sie aus bestem Boden und aus heißen Ebenen heranziehen lassen. Das Erfolgsprinzip ist sehr langsam mit oder ohne Absicht zu erzielen werden können. Auch Bergbau und Gewerbe bestehen in den eigenen Anstrengungen darin sind in Verzug. Zum andern aber müssen die Betreiber direkt gerichtet werden, die besten Erzeugnisse mit niedrigen Sollhöchstwerten für die Industrie einzuführen. Mit andererseits werden die Betreiber die Bergbau und Gewerbe aufzuführen, die sie in der Höhe erwartet werden. Der höchste Ertrag der Entwicklung des Geldes aus durch eine erhebliche

Verbilligung der Produktionskosten — mit anderen Worten durch möglichst niedrige Löhne begegnet werden.

Das sind für die werktäglichen Schichten mit Aussichten, auf lange Zeit nach dem Kriege also soll das Volk, das nunmehr bereits jahrelang unter den elendesten Existenzbedingungen lebt und nur den Augenblick herbeisehnt, sich niemals setzen zu können, sich weiterhin mit Verschwendungen begnügen, soll Genügsamkeit und Bescheidenheit zeigen. So sieht der Arbeiter aus, den die Altdutschen und Amerikaner schließen wollen. Wahrscheinlich, an einem solchen Frieden kann das Volk kein Interesse haben, wenn anders es nicht in das bitterste Elend versinken und die Quellen des Hungers auf unabsehbare Zeit fortsetzen will.

Der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zeigen diese offenen Vorlegungen eines Altdutschen nur zu eindrücklich, daß sie die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenhaltes auch dem legitimen, unterschiedlichen Arbeitern begreiflich machen muß. Wie die Forderung der übergewohnen Weisheit des deutschen Volkes auf politischem Gebiete einen unverzüglichlosen Frieden zum Ziel hat, so sollen die gewerkschaftlichen Organisationen die mächtigen Dämme werden, an denen die Pläne der künftigen Vohndrider und Genügsamkeitsprediger ohnmächtig zerstossen müssen.

Genossenschaftliches.

Über die Entwicklung der Konsumvereine während des Krieges schreibt Adolf Muyrach: Von den 2376 festgestellten deutschen Konsumvereinen gehören zwangsläufig 1110 dem Zentralverband deutscher Konsumvereine an, doch stellen diese an Mitgliederzahl, Umsatz und innerer Kraft den lebensfähigen Teil der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung dar. Der Umlauf und die Entwicklung der Vereine des Centralverbandes während der Kriegsjahre wird durch die folgenden Zahlen dargestellt:

	1913	1916
Mitglieder	1 621 000	2 052 000
Eigenumsatz	M. 472 000 000	M. 577 600 000
Eigenproduktion	99 800 000	145 600 000
Barmittel usw.	55 500 000	98 800 000
Inventar	15 700 000	11 000 000
Grundbesitz	90 600 000	105 800 000
Geschäftsguthaben	31 000 000	89 100 000
Reserven	22 500 000	82 700 000
Sporeinlagen	67 900 000	94 800 000
Gesparnisse	38 800 000	40 100 000

Ein Vergleich mit den vorher genannten, für alle deutschen Konsumvereine gültigen Zahlen ergibt, daß der Zentralverband deutscher Konsumvereine nicht nur dreiviertel bis vierfünftel aller den deutschen Konsumvereinen angehörenden Mitgliedern und den von ihnen geprägten Umsatzes umfaßt, sondern daß auch der weitaus größte Teil der in den Kriegsjahren gemachten Fortschritte auf ihn entfallen. Besonders die Verbesserungen in der Mitgliedschaft entfallen fast ausschließlich auf die Vereine des Zentralverbandes. Das ist für die von den Mitgliedern bewiesene genossenschaftliche Treue, wie für die von den Verwaltungen gezeigte Energie und Geschicklichkeit gleich lobenswert und der Preis für die Entwicklungsfähigkeit der Konsumvereine des Centralverbandes.

Wie sehr sich einige Konsumvereine während des Krieges entwickelt und festigten, mögen wenige Beispiele zeigen. Die Berliner Konsumgenossenschaft hat in der Zeit von 1914 bis 1917 die Mitgliederzahl von 86 514 auf 108 122, den Umsatz von 17,3 Millionen auf 26,6 Millionen, die Spareinlagen der Mitglieder von 5,3 Millionen auf 11,8 Millionen, die Geschäftsgegenstände der Mitglieder von 1,06 Millionen auf 1,95 Millionen Mark erhöht. Der Konsum-, Bau- und Sparverein "Prodution" in Hamburg erhöhte die Mitgliederzahl von 68 417 auf 99 021, den Umsatz von 23,5 auf 46,4 Millionen, die Spareinlagen der Mitglieder von 0,2 auf 0,5 Millionen, die Geschäftsgegenstände der Mitglieder von 1,2 auf 1,6 Millionen und die Reserven von M. 365 000 auf M. 582 000. Diese Beispiele könnten zahlreiche andere, nicht weniger günstige folgen. Dass diese Vereine gleichzeitig auch durch hohe Abschreibungen von den Grundstücks- und Inventarfondten eine solide Sicherung ihrer Einrichtungen anstreben, sei dabei nicht vergessen.

Indem die Konsumvereine nachdrücklich die Interessen der Verbraucher vertreten, erfolgreich dem Bucher entgegenwirken, waren sie gleichzeitig in der Lage, sich innerlich zu fräftigen und bessere Grundlagen für die nach dem Kriege erwartete Entwicklungsperiode zu schaffen. In den Verwaltungen wurden während der Kriegsjahre, die dem Krieg noch weiterem Ausbau nur in Ausnahmefällen und auch dort nur beschränkt förderten waren, zahlreiche Projekte für die Zeit nach dem Kriege aufgestellt. Dieser Absicht dienen auch die recht zahlreichen Verschläge auf Erhöhung der Geschäftsanteile. Sehr viele Vereine haben in der letzten Zeit die Geschäftsanteile, die zumeist M. 30 betragen, auf M. 40, M. 50 und auch auf M. 60 erhöht. Vorarbeiten für den Ausbau der Eigenproduktion, für den Erwerb von Grundstücken und die Erweiterung der Verteilungsbetriebe werden in den meisten Vereinen getroffen. Überall warlet man nur auf das Kriegsende, um mit verstärkten Kräften und mit allen in der Kriegszeit gemachten Erfahrungen ausgerüstet, großzügig neue Aufgaben in Angriff zu nehmen. Und wahrsagig großzügig sind die Pläne, die sowohl von der Großeinheitsgesellschaft wie auch von den einzelnen Vereinen für die zukünftige Entwicklung vorbereitet sind. Die Großeinheitsgesellschaft rechnet mit der Neuansiedlung von mehreren Fabriken und Erweiterung der vorhandenen Anlagen, und hat dafür nicht weniger als 35 Millionen Mark Ausgaben vorgesehen. Auch von einzelnen Konsumvereinen und Millionenprojekten ausgearbeitet und die Mittel dazu bereitgestellt.

Nicht als ob die Konsumvereine während des Krieges besondere Erfüllung gehabt hätten, mit ihrer Behandlung und 5 des "Correspondenzblattes" bei.

Ihre Bewegungsfreiheit zugesieden zu sein. Sie begnügte Blätter werben über schändliche Behandlung durch übermitlende Behörden geführt, und vieles wird erst nach dem Kriege ausgesprochen werden, was in Hindernissen und Erfahrungen den Konsumvereinen in den Weg gestellt wurde und wird. Allein die unverständliche und standeslose Missachtung des Handelsbetriebes der Großeinheitsgesellschaft, die so recht geeignet wäre, mit ihren Einrichtungen in den Kreis der öffentlichen Versorgungswirtschaft einzugehen zu werden, könnte ein besonderes Kapitel füllen, wenn man von mancherlei Einsicht gegenüber den Konsumvereinen berichtet. Um so erfreulicher und um so höher zu bewerten sind die erzielten Erfolge und die Anerkennung, die sich die Konsumvereine, im ganzen genommen, während des Krieges erzielen haben.

Die Konsumgenossenschaftliche Verbraucherorganisation steht den wirtschaftlichen Kämpfen und Unruhen, wie sie nach dem Kriege zu erwarten sind, mit wohlvorbereitetem Nutzen rüchtig entgegen. Sie wird bei Umwandlung der privatrechtlichen Wirtschaftsreform in eine gewerkschaftliche Warenauszeugung und -verteilung, in den ihr durch Wesen und Grundsätze gesetzten Grenzen, ihrer Aufgabe gerecht werden. Mögen die Verbrauchermaßen dafür sorgen, daß nicht durch Einschränkungen von außerhalb des Aufgabengebietes der Konsumvereine legende Streitigkeiten unnotigerweise eine Schwäche in der Bewegung herbeigeführt werde, die nur den Interessen der Privatwirtschaft entsprechen. Die deutsche Arbeiterschaft darf auf die Kriegsergebnisse und Leistungen ihrer Konsumvereine stolz sein und hat alle Ursache, auch nach dem Kriege der Konsumgenossenschaftlichen Organisation Vertrauen entgegenzubringen.

Verschiedenes.

Kriegsliteratur. Die Weltkriegsbücherreihe, eine von einem Verlagsmann im vorigen Jahre gegründete und mit einem Aufwand großer Mittel erhaltenen Sammlung auf den verschiedenen Gebieten des Weltkrieges, hat aus ihren reichen Beständen eine Auswahl getroffen, die zurzeit im Berliner Centralinstitut für Erziehung und Unterricht, Potsdamer Straße 120, ausgestellt wird. Die Weltkriegsbücherreihe verzeichnet 38 600 Nummern von Kriegsliteratur, 2500 Zeitungen und Zeitschriften, 85 Zeitungen, 17 Gazettzeitungen, 93 Gefangenenseiterblätter, 89 Blätter von Kriegszeitungen deutscher Großstädte, 90 von Universitäten und Gymnasien, 178 deutsche, 172 österreichische, 87 kürsische, persische, 2 arabische und 81 bulgarische Almanäcke und Zeitungen. Die feindlichen Länder sind mit fast 800 Zeitungen vertreten.

Motzgold. Wie zu Beginn des Krieges, so stellte sich auch im Laufe des Jahres 1917 an vielen Orten des Reiches ein großer Bedarf an kleinen Motzgeln heraus. Es bewies sich von neuem unumgänglich, sogenanntes Motzgold in den Verkehr zu bringen. Um Motzgeln zu begegnen, wurde vom Reich bei der Zulassung der Ausgabe solchen Geldes die Bedingung gestellt, ein dem auszugebenden Geldbetrag entsprechendes Guthaben bei der Reichsbank einzuzahlen und zu halten. Es sind eine Anzahl Erlasse herausgegeben worden, die den Verkehr mit dem Wechselgeld regeln. So wurde den Eisenbahn- und Postverwaltungen die Annahme des Motzgolds gestattet usw. Nach den bisherigen Feststellungen der Reichsbank sind von 357 öffentlichen und privaten Stellen "Motzgold" ausgegeben worden. Die Summe der ausgegebenen Wechselgelder bezieht sich auf achtthalb Millionen Mark. Auf Preußen entfallen davon fünfzehnhundert Millionen Mark. Am verhältnismäßig umfangreichsten ist Elsaß-Lothringen, nämlich mit zweidreiviertel Millionen Mark vertreten. Unter den 357 Ausgabestellen befinden sich 105 private, wie Banken usw. Die ausgegebenen Wertzeichen sind in Art, Stückelung usw. äußerst verschieden. Herrschend ist das Papiergeld; nur in kleinen Mengen sind Metallprägungen anzutreffen. Zum Teil hat das Papiergeld auch humoristischen Ausdruck; gegen Unfug, der dem Ernst der Zeit nicht entspricht, ist aber eingeschritten worden. Zwanzig, Zehn- und Fünfpfennigmünzen oder Scheine sind nur im Gesamtbetrag von etwa M. 15 000 ausgegeben worden. Häufig sind die ausgegebenen Wertzeichen schon wieder eingezogen worden.

Sterbetafel.

Cöln. Am 1. Februar starb plötzlich an einer Lungenentzündung unser treues Mitglied, der Kollege Johann Müller im 44. Lebensjahr.

Hamburg. Am 24. Januar starb unser Mitglied P. Hinrichs im Alter von 49 Jahren.

Rostock. Am 23. Januar starb der Kollege Georg Eckmann im Alter von 54 Jahren an Lungenentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Vereinstell.

Bericht der Hauptklasse vom 28. Jan. bis 2. Febr.

Eingesandt haben: Potsdam M. 150, Mannheim 500, Biesbaden 628,81, Stuttgart 750, Emden 40, Hoyerswerda 17,98, Jena 190.

Die Woche vom 10. bis 16. Febr. ist die 7. Beitragswoche. G. Wenker, Kaiserer.

Der heutigen Ausgabe liegen die Nummern 4 und 5 des "Correspondenzblattes" bei.